



MIT GRÜN GEHT'S BESSER Hessen kann sich Schwarz-Gelb nicht länger leisten

Hessen wird von einer sich dahinschleppenden schwarz-gelben Koalition regiert, die in vielen Punkten nicht weiß, was und wohin sie will und keine Ambitionen erkennen lässt, noch irgendwie gestalterisch tätig zu werden. Plan- und ideenlos regiert Bouffiers Truppe vor sich hin, Bewegung gibt es nur bei den Personal-Rochaden der FDP.

DIE KRAFT FÜR ECHTE REFORMEN FEHLT

Dabei gäbe es genug zu tun. Beispiel Energiewende: Über ein Jahr nach der Atomkatastrophe in Japan müssen wir feststellen, dass Ministerpräsident Bouffier lieber vor der Energiewende warnt, als sie zu beschleunigen. Die Energiewende erfordert viele Anstrengungen, keine Frage, aber kein Problem wird dadurch gelöst, dass der Ministerpräsident

immer nur erklärt, wie schwierig alles ist und dass unser Wohlstand angeblich bedroht sei. Wir sind im Gegenteil überzeugt davon, dass in der Energiewende eine große Chance auf Wohlstand liegt. Beispiel Bildungspolitik: Unser Schulsys-



tem hat immer noch viel zu viele Verlierer. Individuelle Fördermaßnahmen sind noch immer Mangelware. Schwarz-Gelb muss endlich den Bildungserfolg der Kinder in den Mittelpunkt ihrer Schulpolitik stellen. Beispiel Finanzkrise des Staates: Schwarz-Gelb packt Schuldenmilliarde auf Schuldenmilliarde, will Steuer-senkungen im Bundesrat aber weiter zustimmen. Nach langem Hin und Her soll es für die am dramatischsten verschuldeten Kommunen in Hessen jetzt Hilfen geben, für eine echte Reform der Kommunalfinanzen fehlt Schwarz-Gelb aber die Kraft. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Wir stellen fest: Diese Regierung hat nichts erreicht und nichts mehr vor.

Fortsetzung S. 2

NEUE KÖPFE – ALTE POLITIK Personalpolitik der Hessischen Landesregierung

Ein Aufbruchsignal sieht anders aus. FDP-Parteichef Hahn präsentiert eine Neuaufstellung der FDP in der Landesregierung. Es ist viel von neuen Köpfen die Rede, die Politik bleibt leider die alte. Hessen braucht eine zukunftsfähige, seriöse und inhaltlich ambitionierte Politik. Davon ist aber nach dem angekündigten Personalwechsel nichts zu sehen. Auch die neuen Köpfe werden nicht

verdecken können, dass Schwarz-Gelb abgewirtschaftet hat.



Personalrochaden bringen Hessen nicht voran

DER PHILIPP RÖSLER VON WIESBADEN

In der Wirtschafts- und Verkehrspolitik erwarten wir unter einem Minister Rentsch keine Neuorientierung. Florian Rentsch ist der Philipp Rösler von Wiesbaden. Der Unterschied zu seinem Vorgänger? Rentsch ist Posch minus Erfah-

rung plus Sprüche. Wir erwarten weder im Umgang mit den Belastungen durch den Flughafen noch für die Wirtschafts- und Verkehrspolitik positive Veränderungen.

DIE KARRIERISTIN

Es ist nicht gerade ermutigend, dass der parteiübergreifend geschätzte Kultusstaatssekretär Hirschler die Flucht vor der zukünftigen Ministerin ergreift. Für Nicola Beer galt schon immer: Egal um was es geht, Hauptsache ich bin oben. Für die Bildungspolitik ist dies kein gutes Omen, dabei bräuchten wir dringend einen Aufbruch für Hessens Schulen.

Fortsetzung S. 3

AUS DEM INHALT

Geschlechtergerechtigkeit	S. 4
Rechtspolitik	S. 5
Kleinkinderbetreuung	S. 6
Mandatswechsel	S. 6
Fluglärm-Schlichtung	S. 7
Feiertagsgesetz	S. 8



Fortsetzung von S. 1

KONSTRUKTIVE OPPOSITION

Es wäre einfach für eine Oppositionspartei, an diesem Punkt aufzuhören.



Tarek Al-Wazir

Schwarz-Gelb in Hessen bietet genügend Möglichkeiten auf Dinge hinzuweisen, die nicht funktionieren oder liegen bleiben. Aber das ist uns

zu billig. Wir GRÜNE haben uns für eine konstruktive Opposition entschieden. Wir machen eigene Vorschläge, gehen ernsthaft auf Gesprächsangebote ein und legen Konzepte vor, die eine Alternative zum schwarz-gelben Stillstand aufzeigen. Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Wir wollen

diese Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

GRÜNE KONZEPTE

In mittlerweile 17 Konzeptpapieren, denen weitere folgen werden, beschäftigen wir uns mit der Zukunft Hessens. Wir geben Antworten darauf, wie Hessen seine Schulden abbauen kann, wie die Energiewende zu leisten ist, wie die Zukunft der Schule aussehen soll oder was moderne Familienpolitik ist. Wir machen deutlich, was in Hessen alles möglich wäre, bestünde der politische Wille, etwas zu erreichen. Wir nutzen die Zeit in der Opposition und bereiten uns auf Regierungsverantwortung vor. Denn zwei Dinge sind klar: So wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen.



Schwarz-Gelb: Eine Hängepartie

Zu viel hat sich mittlerweile angestaut. Hessen kann sich Schwarz-Gelb nicht länger leisten. Und: Mit GRÜN geht's besser.

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

FINANZIERUNG KOMMUNALER KRANKENHÄUSER

Die Landesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen

Für uns GRÜNE ist eine gute, umfassende, wohnortnahe stationäre Versorgung wesentlicher Bestandteil der Daseinsfürsorge. Diese Versorgung wird in Hessen in erheblichem Maße von den kommunalen Krankenhäusern gesichert.



Ein Noteinsatz nicht direkt aber Handeln wäre notwendig

DER VERWEIS AUF DIE BUNDESPOLITIK IST NICHT GENUG

Deshalb ist die CDU/FDP-Landesregierung in der Verantwortung zur Stabilisierung dieser Krankenhäuser beizutragen und die Vielfalt der stationären Krankenversorgung sicher zu stellen. Sowohl die Finanzierung über Fallpauschalen, die seit längerem die Tariferhöhungen nicht berücksichtigen, als auch unzureichende Investition seitens des Landes bringen die Krankenhäuser in immer schwereres Fahrwasser. Deswegen fordern wir Gesundheitsminister Grüttner (CDU) auf, endlich eine umfassende Bestandsaufnahme und ein Gesamtkonzept für eine

qualitativ hochwertige stationäre Krankenversorgung vorzulegen. Es reicht für einen Gesundheitsminister nicht aus, angesichts der teilweise dramatischen Finanzlage der Kliniken nur auf die Bundespolitik zu verweisen. Während es in anderen Regionen, wie z.B. in Hannover oder Berlin gelungen ist, eine stabile Krankenhauslandschaft in kommunaler Trägerschaft zu organisieren, erklärt sich Grüttner für nicht zuständig. Wer soll denn sonst diese Rolle übernehmen, wenn nicht der hessische Gesundheitsminister? Als Maximalver-

sorger und durch die Vorhaltung von Notfallversorgung geraten die kommunalen Krankenhäuser zunehmend unter finanziellen Druck. Die Trägervielfalt in der hessischen Krankenhauslandschaft, die bisher ein hohes Versorgungsniveau und vielfältiges Leistungsspektrum garantiert, droht verloren zu gehen.

INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN

Auch wenn eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene dringend notwendig ist, muss das Land seine Hausaufgaben machen. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Krankenhaus-Rahmenplanung und die Festlegung regional verbindlicher Versorgungsziele und -konzepte. Auch muss das Land endlich seiner Verpflichtung nachkommen und Geld für notwendige Investitionen bereit stellen.



Fortsetzung von S. 1

Während in fast allen anderen Bundesländern die Bildungssysteme mutig erneuert werden, verharrt Schwarz-Gelb in Hessen in den Schützengräben des Schulkampfs vergangener Jahrzehnte. Nicola Beer wird daran gemessen werden, ob ihr hier ein Neuanfang gelingt. Übrigens: Noch im Oktober 2011 hatte die FDP in einer Presseerklärung erklärt, Hirschler kenne die Verwaltungsstrukturen wie kein anderer. Und Hahn setzte noch einen drauf: „Mit der Diskussion im Landesvorstand ist die Personaldiskussion um die Führung im Kultusministerium beendet“. Die FDP handelt getreu dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.

WOLFGANG GREILICH: DER ANTI-LIBERALE

Den dritten Paukenschlag setzt die FDP mit der Nominierung Wolfgang Greilichs als Fraktionsvorsitzenden: Greilich repräsentiert allerdings eher den Anti-Liberalen. Unsere Erfahrung mit ihm hat gezeigt, dass er nur geringen Respekt vor der Meinung anderer hat. Zudem scheint in seinen Reden immer wieder die Geringschätzung parlamentarischer Abläufe durch. Wenn dieser Mann nun der Repräsentant der FDP-Fraktion werden soll, ist viel darüber gesagt, welchen

Stellenwert der Liberalismus in der hessischen FDP tatsächlich hat: Außer Wirtschaftsliberalismus ist nichts mehr zu finden.



Es wird viel heiße Luft produziert

Völlig absurd war schließlich die Selbstausrufung von Jörg-Uwe Hahn (FDP) zum Spitzenkandidaten der FDP bei der nächsten Landtagswahl. Erst einen Minister und eine Ministerin wegmobben, deren Politik als erfolgreich bezeichnen und sich gleichzeitig zum Spitzenkandidaten ausrufen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es nicht um Inhalte, sondern nur um Posten geht, Hahn hat ihn geliefert. Er hat nebenbei gezeigt, dass die Umgangsformen innerhalb der sich selbst als ‚bürgerlich‘ bezeichnenden Regierung in Wahrheit verrotten sind. In der Sache hat Hahn ebenfalls keine Erfolge vorzuweisen. Sein von ihm selbst ausgerufenes Lieblingsprojekt, der islamische Religions-

unterricht, kommt nicht voran, ein Wechsel in der Spitze des Kultusministeriums wird auch da sicher nicht für Beschleunigung sorgen.

Neue Köpfe, aber sonst? Auch nach der Vorstellung des neuen FDP-Personals in der Regierung bleibt es für uns Grüne dabei: Diese Regierung hat abgewirtschaftet. Und auch mit neuen Köpfen ist nicht zu erkennen, was sie vor hat.

WAS JETZT ZU TUN WÄRE WIRTSCHAFTSPOLITIK:

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung funktioniert nach den Rezepten der Vergangenheit: Immer mehr Beton und Asphalt sollen für (Verkehrs-)Wachstum sorgen. Statt wie der frühere Wirtschaftsminister Posch (FDP) Infrastrukturpolitik mit dem Betonmischer betreiben zu wollen, geht es längst um die Förderung des schnellen Internets, das endlich in ganz Hessen verfügbar sein muss. Moderne Wirtschaftspolitik setzt sich für neue, zukunftsweisende Branchen wie die erneuerbaren Energien und die Kreativwirtschaft ein und schafft Wertschöpfung vor Ort. Nachdem die Landesregierung mit dem rücksichtslosen Ausbau des Frankfurter Flughafens jahrelang die Interessen der Luftverkehrswirtschaft verfolgt hat, gilt es jetzt den Anwohnerninnen und Anwohnern entgegen zu kommen und das Nachtflugverbot und effektiven Lärmschutz umzusetzen. Auch die mehrfach versprochene Neuaufstellung der Landeswirtschaftsfördereinrichtung Hessen-Agentur ist keinen Schritt weiter gekommen. Damit Hessen im Wettbewerb der Bundesländer nicht noch weiter zurückfällt, braucht die HessenAgentur einen echten Neustart. Ziel muss eine Wirtschaftsförderung sein, die dem breiten Branchenmix der hessischen Wirtschaft gerecht wird. Die jungen Unternehmen in Hessen warten auf moderne Förderstrukturen, die statt auf Subventionen auf zinsgünstige und zielgerichtete Förderkredite setzen.

WAS JETZT ZU TUN WÄRE – BILDUNGSPOLITIK:

Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, brauchen die Schulen endlich die versprochenen 105-Prozent Lehrerrzuweisung. Für das kommende Schuljahr wurden jetzt – mit einigen Rechenricks – 101-Prozent versprochen. Das heißt, dass weiter 1600 Lehrerstellen fehlen.

Die neue Bildungsministerin muss das geplante Landesschulamt doch noch verhindern. Ein solches Landesschulamt schafft nur neue teure Leitungspositionen und kann nicht effektiv arbeiten. Stattdessen brauchen wir eine Kommunalisierung der Staatlichen Schulämter. Die gesamte Bildungsverwaltung muss sich konsequent an den Bedürfnisse der stärker selbständig arbeitenden Schulen ausrichten. Das geht nur durch mehr Nähe zu den Schulen, nicht durch zentralistische Monsterbehörden wie dem Landesschulamt.

Seit drei Jahren ist Hessen verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Aber: Die Landesregierung gefährdet bisher durch eine unverantwortliche Umsetzung der Inklusion den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Hier muss eine Wende her: weg von einer ideologischen Bildungspolitik und hin zu mehr Inklusion.



GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT FÜR HESSEN

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Das hessische Gleichberechtigungsgesetz ist in den vergangenen mehr als zehn Jahren zu einer wirkungslosen Sammlung von Allgemeinplätzen geworden. Die lange Verweildauer einer konservativen Regierung im Amt hat den notwendigen Fortschritt verhindert. Das zeigt sich beispielsweise beim Frauenanteil auf den Führungsebenen im öffentlichen Dienst: Der Anteil an Abteilungsleiterinnen in den obersten Behörden der Landesregierung lag 2011 lediglich bei 13,63 Prozent. Es gibt Instrumente zur aktiven Förderung von Frauen. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden.

Wir haben ein Konzept zur Geschlechtergerechtigkeit vorgelegt. Darin machen wir uns stark für mehr Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Kindergarten und Schulen, für ein größeres Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen, für das Recht von Frauen auf Beruf und das Recht von Männern auf Familie.

MÄNNER IN DIE KINDERGÄRTEN

Schon in Kindergarten und Schule muss für mehr Geschlechtergerechtigkeit gesorgt werden. Mehr Männer in Kindergärten und Grundschulen dienen auch als gute Vorbilder. Ganztagschulen und Schulsozialarbeit erweitern die Möglichkeiten der individuellen Unterstützung von Mädchen und Jungen. Bei der Wahl der Ausbildung ist vor allem mehr Vielfalt bei der Berufswahl von Mädchen das Ziel. Die Ausbildungsprogramme des Landes sollen entsprechend angepasst werden.

Das Recht von Frauen auf Beruf und das Recht der Männer auf Familie wollen wir Grüne mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen unterstützen. Ganz oben auf der Agenda stehen Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien

beginnend mit der Schwangerschaft und der Anspruch auf Kinderbetreuung von 0 bis 10 Jahren. Notwendig ist eine neue Arbeits- und Führungskultur: Wir müssen individueller auf die Bedürfnisse



Bei der Bezahlung von Männern und Frauen bleibt noch viel zu tun

von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingehen können. Die Unterstützung bei der Pflege von Familienangehörigen muss genauso selbstverständlich sein wie Fortbildungsmaßnahmen und Teilzeitarbeitsmodelle.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Noch immer gibt es in Hessen keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und: Ein Viertel der sozialversicherungspflichtigen Frauen arbeitet in geringfügig entlohnter Beschäftigung mit Gehältern, die keine eigenständige Existenz- und vor allem keine Alterssicherung ermöglichen. Hier besteht enormer Handlungsbedarf. Eine Maßnahme, die wirkt und überfällig ist, ist ein gesetzlicher Mindestlohn. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Dafür brauchen wir: eine frühzeitige Förderung, eine paritätische Besetzung von Führungsebenen und Gremien und eine bessere Vereinbarkeit von Studium, Forschung und Lehre mit der Familie. Der öffentliche Dienst soll zum Vorbild gemacht werden durch mehr Verbindlichkeit im hessischen Gleichberechtigungsgesetz.

Eine die Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigende Stadtentwicklung und -planung schafft mehr Freiräume und erleichtert Teilhabe für Frauen und Männer. Da die meisten Opfer von Gewaltkriminalität Männer sind, müssen Opferprogramme deren spezifische Probleme besser angehen. Frauen hingegen sind immer noch hauptsächlich von häuslicher Gewalt betroffen. Ein flächendeckendes Angebot von Frauenhäusern bleibt das Kernstück des Schutzes von Frauen und Kindern. Besondere Bedeutung kommt der präventiven Täterarbeit zu.

FRAUEN IN DIE POLITIK

Hessen steht beim Frauenanteil im Landesparlament an vorletzter Stelle unter den Bundesländern. Wir machen uns daher für paritätische Wahllisten stark. Damit kämen mehr Frauen in politische Ämter. Außerdem fordern wir ein Landesprogramm für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Kommunalpolitik, um mehr Eltern an der Gestaltung der Kommune zu beteiligen.

GLOBAL DENKEN

Da sich in Hessen bereits viele Organisationen und Institute mit dem Einsatz von Frauen für Menschenrechte, Demokratieaufbau und Krisenprävention befassen, soll mit ihnen gemeinsam ein Wissenschaftszentrum aufgebaut werden. Dieses Zentrum soll die Kompetenzen und die Repräsentanz von Frauen auf der internationalen Ebene stärken und gleichzeitig die wichtige Rolle der Frauen bei der Integration in Hessen unterstützen.

Weitere Informationen und das komplette Konzept unter:
<http://gruenlink.de/8zu>





ALLES WAS RECHT IST

Die Modernisierung der Verfassung, eine stärkere Betonung der Gewaltenteilung und eine größere Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofs – das sind die Ziele, die wir mit unserem neuen Konzeptpapier „Alles was Recht ist – Konzept für Hessen“ verfolgen. Klar: Die meisten rechtspolitischen Entscheidungen werden in Berlin getroffen, aber auf Landesebene gibt es durchaus Gestaltungsmöglichkeiten. Diese wollen wir nutzen, um den Rechtsstaat in Hessen zu stärken und die Gewaltenteilung deutlicher auszuprägen. Unsere Vorschläge sollen die Debatte darüber intensivieren, wie wir das hessische Rechtssystem verbessern können.

Die Grundlage unserer Rechtspolitik ist die universelle Geltung der Grundrechte: Freiheit ist für uns auch die Freiheit benachteiligter Gruppen und nicht nur Gewerbe- und Ellbogenfreiheit. Gerechtigkeit bedeutet für uns Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit. Auf diesem Verständnis bauen unsere Vorschläge auf.

MODERNISIERUNG DER VERFASSUNG

Wir wollen die hessische Verfassung modernisieren. Beispielsweise beinhaltet unsere Verfassung immer noch die Todesstrafe. Natürlich wird das durch Bundesrecht gebrochen, aber wir wollen

hier trotzdem klare Verhältnisse schaffen und diese Regelung endgültig aus der Verfassung streichen.

Wir wollen neue Regelungen wie die Gleichstellung von Frauen und Männern, ein Recht der Kinder auf Förderung ihrer Entwicklung, Benachteiligungsverbote für diskriminierte Minderheiten oder ein Staatsziel „Förderung von Kunst und Kultur“ in die Verfassung aufnehmen.



Außerdem haben wir das Ziel, eine wirkungsvolle Bürgerbeteiligung zu ermöglichen: Der Antrag auf ein Volksbegehren soll in Zukunft von einem Prozent statt wie bisher zwei Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gestellt werden können. Ein Volksentscheid soll zustande kommen, wenn der Antrag von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten statt wie bisher zwanzig Prozent, unterstützt wird. Die Zeit für die Sammlung von Unterschriften soll deutlich verlängert werden.

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs sollen künftig – wie andere Richterinnen

und Richter auch – von einem Justizausschuss und nicht mehr vom Landtag gewählt werden. Dieser Ausschuss unter Vorsitz des Justizministers soll aus sieben Vertreterinnen und Vertretern des Landesparlaments und acht von der Richterschaft gewählten Mitgliedern bestehen. Bisher ist praktisch allein das Justizministerium für die Besetzung von Richterstellen und Beförderungen zuständig. Unser Vorschlag würde die Gewaltenteilung stärken und deutliche Verbesserungen für eine wirkliche Unabhängigkeit der Justiz bringen.

QUALITÄT UND EFFIZIENZ STEIGERN

Nach unserer Auffassung gibt es auch innerhalb einer unabhängigen Justiz Möglichkeiten, die Qualität der Rechtsprechung und die Effizienz der Arbeit zu steigern. Vom Grundsatz ausgehend, dass eine angemessene Personalausstattung sichergestellt sein muss, schlagen wir die Einrichtung eines Qualitätsmanagements in der Justiz vor. Hierzu zählen die datenmäßige Erfassung der richterlichen und staatsanwaltlichen Tätigkeit zum Zweck der Eigenkontrolle und des internen Vergleichs unter Beteiligung der Richter und Staatsanwälte, die Einrichtung von Qualitätszirkeln und die ständige Kontrolle und Bewertung interner Arbeitsabläufe mit dem Ziel der Effektivierung. Wegen der richterlichen Unabhängigkeit kommt eine Kontrolle von außen nicht in Betracht, ein interner Austausch ist unserer Meinung nach aber hilfreich. Als Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe schlagen wir den Einsatz der elektronischen Fußfessel für einen überwachten Hausarrest vor. Eine solche Fußfessel ist deutlich preiswerter und würde die Vollzugsanstalten von erheblichem Verwaltungsaufwand entlasten.

KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. DIE GRÜNEN wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für GRÜNE Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's besser!

*Alle bisher erschienenen und künftigen Konzepte finden Sie unter:
www.gruene-hessen.de/konzepte*

*Weitere Informationen und das komplette Konzept unter:
<http://gruenlink.de/8zv>*



MANDATSWECHSEL IN DER LANDTAGSFRAKTION

Wir begrüßen mit Monne Lentz ein weiteres neues Fraktionsmitglied in unseren Reihen. Nachdem vor wenigen Wochen erst Daniel Mack Angela Dorn als jüngster Abgeordneter abgelöst hat, verliert er dieses Etikett schon wieder. Monne Lentz ist 24 Jahre alt und trägt damit gut dazu bei, dass es in unserer Fraktion ein gutes Zusammenspiel von Erneuerung und Erfahrung gibt. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit ihr.

Monne Lentz, geboren am 11. August 1987 in Hofgeismar und aufgewachsen in Calden, studiert Politikwissenschaft und Soziologie in Kassel. Sie wird im Sommer ihren Bachelor machen. Monne Lentz war von 2008 bis 2010 im Lan-

desvorstand der Grünen Jugend Hessen und dort frauenpolitische Sprecherin. Sie wird in der Fraktion die Bereiche Jugend, Drogen, Frauen und Gleichstellung bearbeiten. Zudem ist Monne Lentz als Friedensfachkraft in gewaltfreier Kommunikation und Konfliktbearbeitung ausgebildet.

Monne Lentz kommt als Nachrückerin für Andreas Jürgens in den Landtag. Jürgens hat sein Mandat niedergelegt und ist jetzt neuer Erster Beigeordneter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Unser Fraktionsvorsitzender Tarek Al-Wazir dankte stellvertretend für die



MONNE LENTZ

Sprecherin für Frauen, Jugend, Gleichstellung und Drogen

Tel.: 0611/350 742
m.lentz@ltg.hessen.de

gesamte Fraktion Andreas Jürgens für die „sehr gute Zusammenarbeit in den letzten neun Jahren“. Wir wünschen Andreas alles Gute und viel Erfolg bei seiner neuen Tätigkeit.

Weitere Informationen unter:
<http://gruenlink.de/6rs>

KRIPPENGIPFEL JETZT

Rechtsanspruch in Hessen ist akut gefährdet – die Landesregierung muss handeln

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahre ab August 2013 ist massiv gefährdet. Wir GRÜNE fordern daher ein Gipfeltreffen von Land, Kommunen und Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen, um eine gemeinsame Strategie zur Lösung dieses drängenden Problems zu entwickeln.

13 000 PLÄTZE FEHLEN

Die Lage ist dramatisch, und Sozialminister Grüttner lässt die Kommunen im Stich. Nach Berechnungen von Grüttners Sozialministerium vom Dezem-

ber 2011 werden in Hessen mehr als 58 000 Betreuungsplätze benötigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums haben hierzu alle Jugendämter abgefragt und präzise Daten erhoben. Im Moment stehen nach Angaben des Ministeriums nur 45 000 Plätze zur Verfügung. In 18 Monaten werden also noch 13 000 Plätze geschaffen werden müssen. Dazu gibt es aber vom Land überhaupt keine ausreichenden Vorkehrungen.

GRÜNE ANTRÄGE ABGELEHNT

Schwarz-Gelb muss mehr Geld für die Kleinkinderbetreuung zur Verfügung stellen, bisher wurden unsere Haushaltsanträge dazu aber abgelehnt. Für das Jahr 2012 stehen für ganz Hessen nur elf Millionen Euro an Investitionsmitteln zur Verfügung - dramatisch weni-

ger als im Vorjahr. Am Beispiel des Main-Kinzig-Kreises wird das besonders deutlich: Statt mit drei Millionen Euro wie im Vorjahr muss der Main-Kinzig-Kreis 2012 mit nur noch 300 000 Euro auskommen. Mit einem Zehntel des Geldes kann auch nur ein Zehntel der Betreuungsplätze geschaffen werden. So kann der Rechtsanspruch nicht erreicht werden.

FACHKRÄFTEMANGEL VERSCHÄRFT DAS PROBLEM

Die Lage wird weiter durch den Fachkräftemangel verschärft, den allein die Landesregierung zu verantworten hat. Nach Angaben des Ministers fehlen bis 2013 rund 4500 Erzieherinnen und Erzieher. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist originäre Landesaufgabe. Das hat die Landesregierung völlig verschlafen. Die Leidtragenden sind jetzt die Eltern. Hessen braucht dringend zusätzliche Ausbildungsstellen, Wiedereingliederung von ehemaligen Fachkräften und Anreizprogramme, um diesen Beruf zu ergreifen. Nichts davon geschieht.



Rainer Sturm / pixelio.de

Ab August 2013 haben Kinder unter drei Jahren Anspruch auf einen Platz



HESSEN BRAUCHT EINE FLUGLÄRM-SCHLICHTUNG

Landesregierung ist in der Verantwortung für ein transparentes Verfahren zu sorgen

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Die Revision der Landesregierung gegen das Nachtflugverbot wurde aufgehoben. Seither ziehen CDU und FDP durchs Land und verkünden: „Hurra, wir haben verloren“. Das ist lächerlich. Statt jetzt die Geschichte unerhörter Wortbrüche umzuschreiben, sollte sich Schwarz-Gelb lieber daran machen, effektiv gegen den Fluglärm vorzugehen – und alle Beteiligten mit an Bord zu nehmen.

VERTRAUEN WIEDER ZURÜCKGEWINNEN

Es ist dringend notwendig, verloren gegangenes Vertrauen in der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen. Nach aller gemachten Erfahrung kann dies den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung allein nicht mehr gelingen. Sie hat den ersten, teilweise rechtswidrigen Planfeststellungsbeschluss zu verantworten. Deshalb setzen wir uns für eine Fluglärm-Schlichtung ein. Es muss endlich zu einem fairen und transparenten Interessenausgleich zwischen den Belangen des Flughafens und dem Lärmschutz der Bevölkerung kommen. Wenn das Vertrauen der Bevölkerung wieder hergestellt werden soll, dann brauchen wir nicht nur echte Fortschritte beim Lärmschutz, sondern vor allem Transparenz im Verfahren und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dies könnte, begleitet von einem ordnungsgemäßen Planergänzungsverfahren, ein erster Schritt sein, um in der Region rund um den Frankfurter Flughafen wieder Vertrauen in die Politik zurück zu gewinnen.

Eine Flughafen-Schlichtung hätte zahlreiche Aufgaben. Dazu gehört die Sicherstellung einer qualifizierten und unabhängigen Prüfung aller Vorschläge

zur Reduzierung des Fluglärms, insbesondere in der ganzen Nacht, also von 22 Uhr bis 6 Uhr. Es sollen Szenarien erstellt werden, die aufzeigen, ob und



Die Nachtrandstunden sind besonders problematisch

Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

miert werden. Auch bei der Änderung von Flugrouten und Anflugverfahren soll die Öffentlichkeit informiert und beteiligt werden. Die Zeit der schwarz-gelben Alleingänge muss vorbei sein.

Wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die bisherigen Ankündigungen der Landesregierung reichen bei weitem nicht aus. Deshalb muss auch geklärt werden, wie eine Obergrenze für Lärm und Flugbewegungen definiert werden kann.

wenn ja, wie das Versprechen des Ministerpräsidenten, dass es auch angesichts der geplanten Ausweitung der Anzahl der Flugbewegungen leiser werden soll, realisiert werden kann. Als Schlichter sollte eine Person eingesetzt werden, die von allen Seiten respektiert und anerkannt wird.



TRANSPARENZ STATT MAUSCHELEI

Wichtig ist für uns Grünen, dass bei diesem Prozess größtmögliche Transparenz herrscht. Information über rechtliche Grundlagen, Gutachten und Verfahren müssen für alle öffentlich zugänglich gemacht werden. Alle vom Ausbau Betroffenen sollen gleichberechtigt beteiligt werden, mit dem Ziel, eine Obergrenze für Lärm und Flugbewegungen zu definieren und zu einem fairen Interessenausgleich zwischen Flughafen und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu kommen. Außerdem soll die Öffentlichkeit über alle Schritte, die nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ergriffen werden, kontinuierlich infor-

PLANKLARSTELLUNG BRINGT KEINE RECHTSSICHERHEIT

Die Idee einer Planklarstellung ohne Öffentlichkeitsbeteiligung ist der falsche Weg. So entsteht wieder der Eindruck, dass gemauschelt werden soll. Die von uns in Auftrag gegebene Rechtsexpertise hat klar gezeigt, dass eine solche Planklarstellung die Möglichkeit der Anfechtung durch die Luftverkehrswirtschaft geradezu provoziert. Nach den schlechten Erfahrungen der Bevölkerung mit dieser Landesregierung ruft dieses Verfahren Verschwörungstheorien geradezu hervor. Deshalb muss die schriftliche Begründung des Urteils abgewartet werden und dann in einem transparenten Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Nachtruhe geregelt werden. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.



Weitere und immer die aktuellsten Informationen unter:
<http://gruenlink.de/8zw>



BESONDERER SCHUTZ DER „STILLEN FEIERTAGE“

Eine Reform des hessischen Feiertagsgesetzes ist überfällig

Wir haben ein Eckpunktepapier zur Novellierung des hessischen Feiertagsgesetzes vorgelegt, in dem die bisher geltenden Verbote fast vollständig aufgehoben werden, die so genannten „Stillen Feiertage“ aber einen höheren Schutz als bisher erhalten sollen. Zu diesen „stillen Feiertagen“ zählt auch der Karfreitag, an dem wir ein gemeinsames Innehalten der Gesellschaft, ein Nachdenken über Tod und Vergänglichkeit nicht nur aus einer religiösen Begründung heraus vorschlagen. Es ist unserer Meinung nach ein gesellschaftlich relevantes und daher schützenswertes Ziel. An diesen Tagen soll generell von der Schnelllebigkeit der Gesellschaft Abstand genommen werden. Neben dem Karfreitag gehören auch der Volkstrauertag und der Totensonntag zu den „stillen Feiertagen“.



An „stillen Feiertagen“ soll es auch wirklich still sein

Rainbow-Picture-Productions / pixelio.de

HESSISCHE REGELUNG IST KOMPLIZIERT

Wir Grüne haben diese Eckpunkte zur Novellierung des Feiertagsgesetzes vorgelegt, da das hessische Gesetz nicht nur besonders undurchsichtig und kompliziert, sondern auch nicht mehr im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert

sei. Anlass war die Auseinandersetzung um das Tanzverbot an Ostern im vergangenen Jahr auf dem Frankfurter Römerberg.

GESELLSCHAFTLICHE REALITÄT ABBILDEN

Ein genereller Schutz der Religionsausübung ist für uns wünschenswert. Wir wollen weniger Verbote für Feier- und Sonntage, dafür sollen aber die so genannten ‚stillen Feiertage‘ einen besonderen Schutz genießen. Das Feiertagsgesetz soll in Zukunft so aussehen, dass es geprägt von Respekt und Toleranz, die gesellschaftliche Realität abbildet. Über unsere Vorschläge möchten wir eine breite gesellschaftliche Debatte führen, um möglichst einen Konsens zu erreichen.

KURZ NOTIERT

GIRLS' DAY

28 Mädchen haben beim diesjährigen Girls' Day unsere Fraktion besucht. Wir freuen uns, dass es für die Mädchen zunehmend selbstverständlich ist, dass Frauen in Führungspositionen gehören und Politik natürlich auch ihr Metier ist. Am Girls' Day sollen die Mädchen Arbeitsbereiche kennenlernen, die bislang Männer-Domänen waren. Dadurch erreichen wir mehr Geschlechtergerechtigkeit.

In einem Rollenspiel konnten die Mädchen nachempfinden, wie das parlamentarische Leben im Hessischen Landtag zwischen Alltagsarbeit einer Abgeordneten und einer Sitzung im Plenum abläuft. Darüber hinaus gab es ein gemeinsames Frühstück und eine engagierte Diskussion mit den weiblichen Abgeordneten unserer Fraktion.

EUROPÄISCH DENKEN – LOKAL HANDELN

Das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ schafft den Rahmen sich mit den Herausforderungen des Alterns auseinan-

derzusetzen. Selbstbestimmtes Lebens bis ins hohe Alter ist ein Bedürfnis vieler Menschen. Die Umsetzung stellt große Herausforderungen an Politik und die Kommunen. Wie können die Rahmenbedingungen geschaffen werden generationsübergreifend, altersgerecht und solidarisch miteinander zu leben? Bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion haben grüne Politikerinnen und Politiker in Darmstadt darüber berichtet, wie die Umsetzung vor Ort aussehen kann.

MEHR TRANSPARENZ

Wir haben im Landtag eine Initiative gestartet, um mehr Transparenz über Lobbyarbeit und den Einfluss organisierter Interessengruppen auf Parlamentsentscheidungen zu erreichen. Wir haben angeregt, fraktionsübergreifend eine Anhörung zu diesem Komplex durchzuführen.

Wir wollen untersuchen, welche Maßnahmen geboten sind, um sowohl das Primat der Politik gegenüber intransparentem Lobbyismus durchzusetzen als auch die Formen legitimer Interessenvertretung zu stärken. Denkbar sind beispielsweise Maßnahmen wie die Einführung eines Lobbyregisters.

PERSONALIEN

Wir begrüßen drei neue Mitarbeiter in unserer Fraktion: Christopher Kuhlmann wird, in Vertretung von Jenny Trefs die sich im Mutterschutz und Elternzeit befindet, bis zum Ende der Legislaturperiode als Vorstandsreferent bei uns arbeiten.

Rolf Krämer ist neuer Referent für Innen, Recht, Kommunales, und Integration.

Elena Sebastian ist die neue Referentin für Bildung, Wissenschaft, Hochschulen und Jugendberufshilfe.

Allen neuen und alten Mitarbeitern wünschen wir viel Freude und Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner

Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: Mai 2012